

Pressemitteilung

München, den 10. April 2025

Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung öffnet Chancen

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr, kommentiert den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene: **„In sehr unruhigen Zeiten braucht unser Land dringend eine handlungsfähige Regierung. Daher ist es sehr positiv, dass die Koalitionsparteien nun zu einer Einigung gekommen sind. Der Koalitionsvertrag bietet eine Basis zur Lösung der vielen Herausforderungen der Kommunen. Es werden wichtige Ziele in den Blick genommen, wie beispielsweise eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung im Rahmen eines Zukunftspaktes, Bürokratieabbau oder ein Sondervermögen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Nun kommt es auf die rasche und unkomplizierte Umsetzung an.“**

Ein Trend bleibt derzeit ungebrochen: Die kommunalen Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben massiv steigen. Das Defizit der bayerischen Kommunen ist dramatisch und liegt im Jahr 2024 bei 5,3 Milliarden Euro: Das ist ein Rekord-Minus. Die Ursachen liegen in der Dynamik beim Anstieg von Sozialausgaben und Personalausgaben. Pannermayr: **„Die Finanzen der Städte und Gemeinden sind in einer strukturellen Schieflage, die sie nicht selbst verursacht haben. Viele Städte und Gemeinden laufen Gefahr, dass sie keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen können. Dies bekommen Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren. Der Bedarf an Investitionen etwa bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen, Brand- und Katastrophenschutz ist enorm. Deshalb braucht es eine grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen, um die Einnahmehasis zu stärken und die Ausgabendynamik zu durchbrechen. Das von Union und SPD angestoßene Sondervermögen des Bundes gibt den Kommunen eine Chance zum Investieren in die Infrastruktur.“**

Nötige Reformen müssen auf der Agenda bleiben, mahnt Pannermayr: **„Deregulierung und Bürokratieabbau müssen konsequent fortgeführt werden. Es braucht eine grundlegende Ausgaben- und Aufgabenkritik. Wir müssen über Standards sprechen und die Prozesse deutlich einfacher gestalten. Für diese Aufgabenstellung brauchen wir vor**

allem gegenseitiges Vertrauen. Denn Vertrauen reduziert Komplexität. Der Koalitionsvertrag im Bund zeigt den gemeinsamen Willen zu Änderungen. Diese gut gemeinten Ansätze müssen nun konsequent und zügig in die Umsetzung kommen.“

Wenn Bund und Freistaat den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, müssen diese Aufgaben auch auskömmlich finanziert werden. Der Bund darf keine Rechtsansprüche schaffen, die nicht für die kommunale Ebene ausfinanziert sind. Dies verschärft die Haushaltsprobleme der Städte und Gemeinden. Die hohe Dynamik bei den Sozialausgaben muss gestoppt werden. Leistungen und Standards müssen konsequent hinterfragt und geprüft werden. Vom Bund beschlossene Mehrbelastungen für Kommunen müssen vollständig finanziert werden. Pannermayr: **„Die Versprechungen im Koalitionsvertrag stimmen uns vorsichtig positiv. Die Probleme sind erkannt und formuliert, nun geht es an die Lösung.“**

Pannermayr verweist auf die akuten Nöte in der Krankenhausfinanzierung: **„Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen.“** Neben Soforthilfen muss der Bund die strukturelle Unterfinanzierung beenden und die Finanzierung auf eine sichere Basis stellen. Die Signale der Koalition CDU, CSU und SPD stimmen vorsichtig optimistisch.

Die Daueraufgabe Integration fordert Städte und Gemeinden seit Jahren. Nötig ist die Eindämmung illegaler Migration, eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten in der EU und die Reduzierung des Familiennachzugs. Und es geht um finanzielle Rahmenbedingungen, für die der Bund sorgen muss, um Integration in den Kommunen dauerhaft finanzieren zu können. Die Einigung von Union und SPD weist in die richtige Richtung.